Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 32. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
21. Dezember 2006	**10.00 Uhr**	**11.40 Uhr**	Landschulheim „Verdener Brunnen“

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 09. November 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen	Vorlage L 228
TOP 5	Neuausrichtung der Landeszentrale für politische Bildung	Vorlage L 229
TOP 6	Produktbereichscontrolling Produktplan Bildung (30.09.2006)	Vorlage L 230
TOP 7	Auswirkungen der Föderalismusreform: a) Projekte der bisherigen gemeinsamen Bildungsplanung: Ausfinanzierung laufender Vorhaben (BLK-Programme und BLK-Modellversuche/Projekte) b) Verwaltungsabkommen über das (künftige) Zusammenwirken von Bund und Ländern gemäß Art. 91 b Abs. 2 GG (neu) – Abkommen zur Gemeinschaftsaufgabe im Bereich Bildung	Vorlage L 231
TOP 8	Verordnung zur Regelung der Ganztagsschule	Vorlage L 232
TOP 9	Zuwendungsbericht 2005	Vorlage L 233
TOP 10	Benchmarking Bericht 2006	Vorlage L 234
TOP 11	Weiterentwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren	Vorlage L 235
TOP 12	Innovative Berufsbildung 2010	Vorlage L 236
TOP 13	Übergänge zwischen den Bildungsgängen Klasse 5 bis 7	Vorlage L 237
TOP 14	Bericht zur Durchführung der Abschlussprüfungen im Schuljahr 2005/06	Vorlage L 238
TOP 15	Schülerstatistik und Datenerhebung	Vorlage L 239
TOP 16	Beratungsschwerpunkte der 316. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 07./08. Dezember 2006 in Brüssel	Vorlage L 240
TOP 17	Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen; hier: Neue Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.05.2007	Vorlage L 241

TOP 18 Vorlagen aus dem Ausschuss für Berufliche Bildung zur Beratung in der Deputation für Bildung — Vorlage L 242
Hier: 1. Bilanz des Ausbildungsstellenmarktes
2. Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven, hier: Bericht zur Umsetzung

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 09. November 2006

Das Protokoll vom 09. November 2006 wird ohne Änderung beschlossen.

TOP 3 Verschiedenes

1) Die Deputation für Bildung staatlich beschließt für die Zeit bis zur 33. Sitzung der Deputation für Bildung am 8. Februar 2006 die Einsetzung einer Feriendeputation. Als Mitglieder der **Feriendeputation** benennt die Deputation für Bildung Frau Stahmann, Frau Hövelmann und Herrn Rohmeyer.

2) Die von der Deputation für Arbeit und Gesundheit erbetene **Information der Deputation für Bildung** zum Qualifizierungsfonds des BAP (Unterfonds I.4) wurde versandt.

3) Die Information über die **Vorlagen für den Haushalts- und Finanzausschuss** wurde versandt.

4) Der **Ergebnisvermerk über die 13. Sitzung des Ausschusses für Berufliche Bildung** wurde versandt.

5) Die von Herrn Bürger erbetene Darstellung der **Anteile der Ausländerinnen und Ausländer an den einzelnen Schulabschlüssen** wurde versandt.

6) Die Antwort auf die Bitte von Frau Stahmann nach einer Berichterstattung zum Thema „**Verringerung der PISA Mittel in Bremerhaven**“ wurde verteilt. Frau Stahmann fragt, ob hinsichtlich der Finanzierung des Mittagessens in den Ganztagsschulen für sozial schwache Kinder ein neuer Sachstand bekannt ist. Ihrer Ansicht nach könnte zum Beispiel ein Sponsorenmodell eine Möglichkeit darstellen. Senator Lemke erwidert, dass die Bezahlung teilweise tatsächlich Probleme mit sich bringt. Dies darf jedoch auf keinen Fall auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Von Sponsoring in diesem Bereich ist ihm nichts bekannt. Es ist jedoch zu prüfen, in wie weit hier solidarische Aktivitäten an der Schule helfen können, oder ob dieses Entgelt direkt von den Sozialbehörden überwiesen wird. Herr Tönißen weist noch einmal nachdrücklich darauf hin, dass in Bremerhaven kein Kind wegen des Nichtbezahlens des Mittagessens der Schule verwiesen wurde, hierbei habe es sich um eine Falschmeldung gehandelt. Um die Schulen nicht mit den Ausständen in Höhe von derzeit ca. 15.500 Euro zu belasten wurde in Bremerhaven in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt ein entsprechender Fonds eingerichtet. Frau Stahmann begrüßt dies und mahnt zugleich, dass die finanzielle Situation der Eltern nicht zu Umberatungen der Kinder aus dem Ganztagssystem heraus führen dürfe. Frau Hövelmann bemängelt, dass einige Maßnahmen als PISA-Folgemaßnahmen tatsächlich fragwürdig erscheinen. Problematisch findet sie insbesondere die drohende Streichung der Sprachförderung. Herr Willmann sagt, dass Bremerhaven schon frühzeitig bei den Haushaltsberatungen auf die Fragepositionen hingewiesen hat. Er bittet um Erklärung,

warum man in Bremerhaven die Ganztagsschule nicht aus städtischen Mitteln finanziert hat. Weiterhin erscheinen ihm die Überschussmittel in Höhe von 89.000 Euro sehr fragwürdig. Herr Tönißen erwidert, dass die Festlegungen bereits 2003 erfolgten und bisher immer akzeptiert wurden.

TOP 4 In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den –Tageseinrichtungen erhöhen **Vorlage L 228**

Frau Stahmann findet nach wie vor, dass der Antrag sowohl sachlich als auch inhaltlich sinnvoll und begründet ist und bittet daher die Koalitionsparteien, ihre Position erneut zu überdenken. Frau Wangenheim begrüßt diese positive Bewegung, weißt jedoch zugleich darauf hin, dass die momentane Finanzlage hier keinen weiteren Spielraum lässt.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt vom dem Bericht Kenntnis. Sie unterstützt das Anliegen, die Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen zu erhöhen.

TOP 5 Neuausrichtung der Landeszentrale für politische Bildung **Vorlage L 229**

Frau Hövelmann bewertet die Neuausrichtung der Landeszentrale positiv und fragt nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Bibliothek. Staatsrat Dr. Wewer erwidert, dass es zwar noch organisatorische Probleme gibt, es generell aber voran geht. Frau Stahmann begrüßt das Vorgehen und die Umsetzung der Anmerkungen des Rechnungshofes. Sie fragt nach dem Sachstand der Standortdebatte. Herr Wulfekuhl erwidert, dass die Räumlichkeiten Schillerstraße 6/7 als neuer Standort angedacht sind und die Umsetzung derzeit mit der GBI vorbereitet wird. Herr Bensch fragt nach der Zeitperspektive in diesem Zusammenhang. Staatsrat Dr. Wewer erläutert, dass dieses noch ungefähr 3-4 Wochen in Anspruch nehmen wird. Frau Stahmann erbittet einen Bericht in der März Sitzung der Deputation für Bildung.

Beschluss

1. Die Deputation für Bildung nimmt die Aufgabenschwerpunkte 2007 der Landeszentrale für politische Bildung zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung nimmt die beabsichtigte Inkraftsetzung der Veranstaltungsrichtlinie der Landeszentrale durch den Senator für Bildung und Wissenschaft zur Kenntnis.
3. Die Deputation für Bildung bittet um Unterrichtung über die Beratungsergebnisse des Beirats der Landeszentrale vom 01. März 2007 in der darauffolgenden Deputationssitzung.

TOP 6 Produktbereichscontrolling 2006 Produktplan Bildung, Stand 20.09.2006 **Vorlage L 230/G 189**

Herr Willmann fragt zum Produktbereich 21.03 warum trotz Aufforderung keine ausdifferenzierten Daten für Bremerhaven vorliegen. Herr Tönißen erwidert, dass derzeit Gespräche zwischen der Behörde und dem Magistrat laufen. Ursächlich ist in diesem Fall jedoch, dass die Zuschnitte der Daten unterschiedlich sind, und somit keine Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Herr Meinken ergänzt, dass es sich um Zahlen des Landes- und des Stadthaushalts handelt, die so nicht vergleichbar sind. Herr Tönißen fügt hinzu, dass die Mittelzuordnung zum Teil stark variiert. Herr Willmann bemerkt, dass eine gemeinsame Datenbasis vorhanden sein muss, damit Vergleiche angestellt werden können. Frau Moning erläutert, dass im Haushaltsbericht sowohl das Land als auch die Daten der Stadt Bremen eingestellt sind, nicht jedoch die der Stadt Bremerhaven. Herr Bensch lobt den Bericht und bittet um Erläuterung, ob es beim Punkt 21.05 zu einer Verwechslung gekommen sei. Frau Moning erwidert, dass dies nicht der Fall ist, vielmehr weichen der Plan- und der Ist-Wert voneinander ab.

Frau Stahmann fragt, warum die Wiederholerquote in Bremerhaven von 2,7% auf 4% gestiegen ist. Herr Tönißen vermutet, dass ein anderer Zeitraum zu Grunde liegt und sagt zu, dies zu prüfen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 7 Auswirkungen der Föderalismusreform: Vorlage L 231

a) Projekte der bisherigen gemeinsamen Bildungsplanung: Ausfinanzierung laufender Vorhaben (BLK-Programme und BLK-Modellversuche/Projekte)

b) Verwaltungsabkommen über das (künftige) Zusammenwirken von Bund und Ländern gemäß Art. 91 b Abs. 2 GG (neu) – Abkommen zur Gemeinschaftsaufgabe im Bereich Bildung

---

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 8 Verordnung zur Regelung der Ganztagsschule Vorlage L 232

Senator Lemke berichtet, dass auf dem Ganztagsschulkongress die bremischen Aktivitäten allgemein sehr gelobt wurden. Frau Stahmann fragt, ob es im Nachgang zur Klage weitere Eltern gab, die ebenfalls damit drohten, zu klagen oder sich beschwert haben. Senator Lemke erwidert, dass er bisher nur entgegengesetzte Reaktionen erhalten habe.

Beschluss

Die Deputation nimmt die in Anlage 1 vorgelegte Verordnung zur Regelung der Ganztagsschule zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 9 Zuwendungsbericht 2005 Vorlage L 233/G 191

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die Daten aus dem Bildungsbereich für den Zuwendungsbericht 2005 zur Kenntnis.

TOP 10 Benchmarking-Bericht 2006 Vorlage L 234

Herr Willmann weist darauf hin, dass sich sowohl die Schüler-Lehrer-Relation verschlechtert hat, als auch, dass die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss gestiegen sei. Er ist der Auffassung, dass man dies zukünftig verstärkt beachten sollte. Senator Lemke bekräftigt die Notwendigkeit der Gegensteuerung in diesem Bereich und weißt auf die erfolgreichen Maßnahmen in Bremen, wie z.B. die Sommercamps, hin. Frau Janssen hätte gerne eine Ausdifferenzierung der Bildungsausgaben nach Stadt- und Landeshaushalt, wie dies auf Seite 67 des Berichtes erwähnt ist. Sie weist darauf hin, dass die Schüler-Lehrer-Relation in Bremerhaven besser als in Bremen ist. Senator Lemke stimmt dem zu, insbesondere in Anbetracht der schwierigen sozialen Rahmenbedingungen in Bremerhaven. Staatsrat Dr. Wewer sagt für das nächste Jahr eine differenziertere, verständlichere und weniger technische Darstellung des Berichtes zu.

Beschluss

1. Die Deputation nimmt den Benchmarking–Bericht 2006 zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung ist mit der in Anlage 2 vorgelegten Stellungnahme einverstanden und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, diese Stellungnahme an den Senator für Finanzen zur Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss und zur Verwendung für die Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft zu übermitteln.

TOP 11 Weiterführung des Projektes „Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren“ (ReBiz III) Vorlage L 235

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt von der Vorlage Weiterführung des Projektes „Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren“ (ReBiz III) Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um laufende Berichterstattung.

TOP 12 Innovative Berufsausbildung 2010 Vorlage L 236

Frau Stahmann lobt die kontinuierliche und informative Berichterstattung.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt vom Zwischenbericht „Innovative Berufsausbildung 2010“ Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um laufende Berichterstattung.

TOP 13 Übergänge zwischen den Bildungsgängen Klassen 5 bis 7 Vorlage L 237

Senator Lemke hebt die zum Teil sehr positive Entwicklung bei den Übergängen zwischen den Bildungsgängen im Laufe der Schuljahre 5 bis 7 hervor. Frau Stahmann lobt die Mühe, die die Gymnasien in die Förderung der Schülerinnen und Schüler investieren. Eine Ausdifferenzierung hinsichtlich der ausländischen Schülerinnen und Schüler fände sie interessant und sinnvoll, insbesondere um die soziale Kopplung gezielt zu bekämpfen. Frau Wangenheim bemerkt, dass die Schulzentren insbesondere bei der Beratung in höhere Bildungsgänge offensichtlich gute Arbeit leisten. Frau Stahmann findest es besonders positiv, dass bei einem Bildungsgangwechsel hier kein Schulwechsel nötig wird. Ihrer Ansicht nach ist es dringend nötig, die Schulzentren auch bei der Lehrerzuweisung so zu unterstützen, dass die Arbeit auch unter teilweise schwierigsten Bedingungen weiter auf gutem Niveau geleistet werden kann. Frau Hövelmann lobt, dass es den Schulzentren offensichtlich gelingt, die Möglichkeiten des Systems gut zu nützen. Eine differenzierte Betrachtung der Schulzentren und eine anschließende gezielte Unterstützung findet sie sinnvoll. Frau Stahmann regt an, über ein Anreizsystem für die „Fördernde Schule“ nachzudenken.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht der Übergänge zwischen den Bildungsgängen Klasse 5 bis 7 zur Kenntnis.

TOP 14 Bericht zur Durchführung der Abschlussprüfungen im Schuljahr 2005/2006 Vorlage L 238

Senator Lemke berichtet, dass die anfänglichen Vorbehalte inzwischen verstummt seien und er inzwischen sehr positive Rückmeldungen erhält. Der Behörde ist es gelungen, die Schulen sehr behutsam an dieses neue Instrument zu gewöhnen und zu erreichen, dass diese es positiv bewerten und entsprechend nutzen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zu den schriftlichen und mündlichen Abschlussprüfungen und zu den Vergleichsarbeiten im gymnasialen Bildungsgang in der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2005/06 zur Kenntnis.

TOP 15 Schülerstatistik und Datenerhebung Vorlage L 239

Senator Lemke begrüßt den Datenschutzbeauftragten Herrn Holst und berichtet von dessen Begleitung des Vorhabens. Herr Holst erläutert, dass das Vorhaben noch nicht abgeschlossen ist. Es ist noch nicht abschließend festgelegt, welche Daten erhoben werden sollen, da unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Die Länder haben zum Teil sehr unterschiedliche Datenlagen. Hinsichtlich der Anonymisierung der Daten gibt es ebenfalls verschiedene Ansätze. Der gesamte Prozess sollte im Benehmen mit den anderen Bundesländern geklärt werden. Ein anderer Punkt der noch geklärt werden muss, ist die Frage, ob nicht auch Stichproben die erforderlichen Datenlagen liefern können. Am 13. Februar findet hierzu ein Workshop statt. Herr Bensch betont die Bedeutung von steuerungsrelevanten Daten z.B. für Grund- oder weiterführende Schulen. Er fragt, wer Bremen auf der nächsten Konferenz vertritt. Staatsrat Dr. Wewer erläutert, dass der Ausgangspunkt nach PISA der gewesen sei, Bildungsverläufe nachvollziehbar zu machen. Am 13. Februar soll geklärt werden, was hierfür auf Grundlage eines Konzeptes und unter Beachtung des Datenschutzes nötig ist. Er werde als stellvertretender Vorsitzender an diesem Workshop teilnehmen. Frau Stahmann merkt an, dass der Spagat zwischen einer nützlichen Datenerhebung und dem Datenschutz eine Herausforderung darstellt. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind für die einzelne Schule nach ihrer Ansicht nur bedingt nutzbar. Schulen profitieren mehr davon, die einzelnen Schülerinnen und Schüler z.B. durch Schuleingangsphasen kennenzulernen. Herr Willmann bemängelt, dass einige Schulleitungen kritische Individualdaten abfragen. Dies sollte – wenn überhaupt – erst nach Rücksprache mit dem Datenschutzbeauftragten gestattet werden. Herr Holst erwidert, dass die abzufragenden Daten im Schuldatenschutzgesetz festgelegt sind, alle darüber hinausgehenden Daten können nur auf freiwilliger Basis erhoben werden. In der weiteren Diskussion ist seiner Auffassung nach noch zu klären, welche Daten auf Regional-, Landes- oder Bundesebene benötigt werden. Senator Lemke sagt zu, dieses Verfahren weiter mit Zwischenberichten in der Deputation zu begleiten.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 16 Beratungsschwerpunkte der 316. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 07./08. Dezember 2006 in Brüssel Vorlage L 240

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

**TOP 17 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen
Hier: Neue Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.05.2007 Vorlage L 241**

Senator Lemke bittet um eine Erläuterung, warum es für das Fach Latein so wenig Ausbildungsplätze gebe. Herr Dr. Schilling (LIS) erwidert, dass die drei freien Plätze trotz intensiver Bemühungen nicht besetzt werden können. Senator Lemke betont, dass man um jede Lehrkraft kämpfen müsse. Herr Dr. Schilling erwidert, dass man mit den Bewerbern in den kritischen Bereichen in einem engen Dialog stehe. Frau Stahmann fragt, wie viele Lateinlehrkräfte in den Ruhestand gehen werden. Schon jetzt gibt es an drei Schulen Probleme. Sie

weist darauf hin, dass Niedersachsen innerhalb weniger Tage Einstellungen vornehme. Herr Dr. Schilling berichtet, dass Universitätsstädte in denen Lateinlehrkräfte ausgebildet werden, klare Vorteile bei der Besetzung von Stellen haben. Herr Bürger fragt, ob die Ausbildungsplätze in Physik, Chemie und Spanisch besetzt werden können. Herr Dr. Schilling erwidert, dass es in diesen Fächern gut aussehe. Herr Bürger fragt nach einer Kooperation mit dem Instituto Cervantes. Frau von Ilsemann erläutert, dass eine weitere Kooperation angedacht ist, allerdings hat auch das Instituto Kapazitätsprobleme. Derzeit erwerben ca. 20 Personen ihren Abschluss in Spanisch hier in Bremen. Mit diesen werden intensive Gespräche geführt, so dass hier eine Entspannung in Sicht ist. Frau Stahmann bittet darum, frühzeitig in die Seminare zu gehen und zu werben. Auch sollten mögliche Zusatzqualifikationen für Quereinsteiger geprüft werden. Senator Lemke weist auf die schulscharfen Ausschreibung hin, die dazu dienen sollen, die Bedarfe der Schulen optimal zu befriedigen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der als Anlage 1 beigefügten Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zu.
Sie nimmt die Aufstellung über die Anzahl der Bewerbungen um Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zum Einstellungstermin 1. Mai 2007 (Anlage 2) und die Liste der am 1. Mai 2007 bereits besetzten Fächer (Anlage 3) zur Kenntnis.

TOP 18 Vorlagen aus dem Ausschuss für Berufliche Bildung zur Beratung in der Deputation für Bildung **Vorlage L 242**
Hier: 1. Bilanz des Ausbildungsstellenmarktes
2. Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven, hier: Bericht zur Umsetzung

Herr Nalazek findet, dass die Bilanz sich sehen lassen kann, auch wenn die Altbewerberproblematik vom Unterausschuss weiterhin genau betrachtet werde.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

Senator Sprecherin Protokollantin